

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiliger Strasse 32, VI., Volkshaus

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet.
Inserate werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages auf-
genommen.

Nr. 14.

Sonnabend, den 7. April 1906.

10. Jahrgang.

Achtung!

Die Adresse des Zentralvorstandes, Kassierers und
der Redaktion und Expedition lautet jetzt:

Leipzig, Zeiliger Straße 32, IV. rechts, Volkshaus.

Wir ersuchen, diese Adresse genau zu beachten.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Bamberg. Werkplatz Hartmann ist gesperrt. Die Organi-
sterten wurden entlassen.

Blankenburg a. Harz. Nach hier ist Zugang fernzuhalten. Die
Vorstandsmitglieder wurden gemahnt.

Grünhillsbrunn (Zahlstelle Kirchheim). Firma Hemm und
Valentin ist gesperrt. In diesem Geschäft wird für Stücke,
die auch in andern Geschäften hergestellt werden, ein bedeutend
niedrigerer Lohn gezahlt als bei letzteren.

Palmbach. Firma Raviol gesperrt.

Sindelsfeld, Semsheim und Elmshausen. Die Aussperrung
wurde abgebrochen. Zugang von auswärtigen Kollegen ist
noch streng fernzuhalten.

Wendha-Brandis. Die Kollegen stehen in einer Lohnbewegung.
Herr Preißer sucht Steinarbeiter aus Italien. Auch die
übrigen Unternehmer stellen sich dem eingereichten Tarif
hartnäckig entgegen.

Osnaabrück. Bei der Firma Steinhauer befinden sich die
Kollegen im Streik. Grund: Unerhörte Lohnkürzungen.

Gafferode und Umgebung (Harz). Für die Schmiede in der
Granitindustrie ist Zugang streng fernzuhalten. Außerdem möchten
wir unsere Kollegen allerorts in der Granitindustrie
erfahren, die Schmiede bei vorübergehenden Arbeitsangeboten
von hiesigen Unternehmern auf die hier bestehenden
Differenzen aufmerksam zu machen. Wie man hört,
sollen die Unternehmer bemüht sein, Schmiede aus dem
Odenwald sowie bayrischen Wald heranzuziehen.

Greifswald. Nach hier ist Zugang streng fernzuhalten.

Ohlsdorf. 15 Steinmengen befinden sich im Streik.

Kleinheinersdorf-Srippen. Zugang nach hier ist zu meiden.

Bad-Dürkheim. Platz Gebr. Fickens gesperrt.

Bautzen. Bei der Firma Moritz u. Max Zenker erhielten
sämtliche Pflastersteinhauer ihre Kündigung.

Mehlheim (Niederbayern). Die Kalksteinmengen bei der Firma
Lang stehen im Streik.

Heppenheim. Zugang nach hier ist fernzuhalten.

Abbejün. Zugang ist streng fernzuhalten. Der derzeitige Ge-
schäftsführer Georg Bauer hat vor kurzem 8 Verbands-
mitglieder entlassen und zwar wegen ihrer Tätigkeit für
unsern Verband.

Mittelfelde. Der abgeschlossene Tarifvertrag weist merkliche
Verbesserungen auf. Es wurde ein Zuschlag von 8 bis 10
Prozent erzielt.

Berbersdorf-Roswein. Der Steinbruchbesitzer Herze beliebt
die Methode, die an der Spitze stehenden Kollegen der Orts-
verwaltung zu entlassen. Der Bruch ist gesperrt und eventuelle
Arbeitsangebote sind zu ignorieren.

Ulm. Arbeitsangebote nach hier sind zurückzuweisen. In Herr-
lingen bei Ulm sind die Kollegen, nachdem sie wegen der
Bitterung aussetzen mußten, nicht wieder eingestellt — weil
der Lohn zu hoch war. Steinmengen sollen durch Inserate
herbeigeholt werden. Also Vorsicht! Name der Firma: Fackler,
Baubureau Wieland.

Jena. Der Streik ist nach vierwöchiger Dauer zu unserem
Gunsten erledigt. Resultat: Einführung der zehnstündigen
Arbeitszeit, Lohnerhöhung um zirka 10 Prozent. Der reni-
tente Herr Conradus konnte zu diesem Schritte erst veranlaßt
werden, nachdem ihm auch die arbeitswilligen Elemente Valet
sagten.

Strahburg i. Elb. Platz Bree ist gesperrt.

Ludwigshafen a. Rhein. Die Firma Karl Kappler ist
gesperrt.

Bonn. Die Firma Dübbs ist gesperrt.

Regensburg. Bei der Firma Hirschmann wurden 3 Mann gemah-
regelt; sie begingen das Verbrechen, einen Tarif einzureichen.

Sangerhausen. Die Lohnbewegung ist beendet. Ein Tarif-
vertrag wurde abgeschlossen.

Göttingen. Die hiesigen Kollegen hatten mit ihrer Lohn-
bewegung einen durchschlagenden Erfolg. Sie erreichten eine
ansehnliche Lohnzulage.

Odenburg. Zugang ist streng fernzuhalten. Herr Höggl stellt
mit Vorliebe nur Unorganisierte ein.

Berlin L. Der Streik bei der Firma Hünke ist nach fünf-
tägiger Dauer mit großem Erfolg für uns erledigt worden.

Mainz. Der Streik der Kunststeinarbeiter ist zu unseren vollen
Gunsten erledigt. Das Akkordsystem wurde abgeschafft; der
Stundenlohn beträgt 50 Pfg.

Wetzlar. Die Kollegen stehen seit dem 2. April im Streik.
Zugang nach hier ist streng zu meiden.

Groß-Neßen. Die Lohnbewegung ist günstig abgelaufen;
pro Stunde 5 Pfg. Zuschlag. (Bericht über die Lohnbewegung
folgt in nächster Nummer.)

Alsenz. Am 31. März legten 171 Kollegen die Arbeit
nieder.

Münster. Platz Hiltrup ist gesperrt.

Basel (Schweiz). Zugang von Granit- und Marmorarbeitern
nach hier ist streng fernzuhalten.

Vom Verbandstag.

I.

Vollzählig fanden sich am Montag die Delegierten zum
Verbandstag in Nürnberg zusammen. Die Zahl der
Abgeordneten ist gegen früher bedeutend gestiegen; es sind
71 Vertreter anwesend. Von der Generalkommission ist
als Vertreter Genosse Knoll anwesend, welcher auch auf
dem Erfurter Verbandstag 1904 schon mit dieser Mission
betraut war. Auch die Redaktion des 'Operaio Italiano'
ist durch den Genossen Balär vertreten.

Das Bureau des Verbandstags setzt sich zusammen aus
den Kollegen Starke-Leipzig und Steglich-Dresden
als Vorsitzende mit gleichen Rechten, Frank-Ulm wurde
zum Schriftführer und Maus-Bremen zum Führer der
Rednerliste bestimmt. Der von den Kollegen Starke,
Geist und Staudinger erstattete Geschäftsbericht wurde
eingehend diskutiert, über 20 Redner kamen zum Wort,
und für einzelne reichten die 10 Minuten Redezeit nicht
aus, um die vorhandenen Moniten vortragen zu können.
Die Anstellung eines befähigten Gauleiters und des
Sekretärs fand allgemeine Zustimmung. Kritische Be-
merkungen fielen nur wegen der Form der An-
stellung des Sekretärs, weil diese Stellung nicht ausge-
schrieben wurde. Es müsse in Zukunft diese Anregung
Beachtung finden.

Walter-Berlin betonte, wenn Starke bei der Be-
richtstattung sagte, in Erfurt wurde die Hilfskraft ab-
gelehnt, so sei wohl eine Art Boshheitspolitik getrieben
worden. Diese Anschauung ist irrig, denn auch Starke
hat in Gotha 1900 den Kassierer abgelehnt, also wohl auch
Boshheitspolitik getrieben?

Link-München bestätigte aus eigener Erfahrung, daß
unfreie Beamten überlastet sind. Derselbe Redner betont,
im Fachblatt sei das Resultat des Münchner Kampfes als
ein zu großer Erfolg dargestellt worden.

An dem Bericht des Kassierers wurde sehr wenig aus-
gesehen, und das Besprochene war recht un-
wesentlicher Art.

Kollege Starke geht in ausführlicher Weise auf die
gestellten Anfragen ein und verteidigt dann ausführlich
die gemachten Ausstellungen. Wieder sei sein verletzender
Ton gerügt worden, aber man verschweigt, daß auch in
den Zahlstellen-Verwaltungen Leute sitzen, die auch nicht
gerade den anspruchsvollsten Ton anzuschlagen beliebten. Mit
der innegehaltenen Streiktaktik seien allerdings nicht alle
einverstanden. Das wird auch in Zukunft nicht anders
werden; er betone aber, wird ein Streik gewonnen, dann
gehe das auf das Konto der örtlichen Leitung, ver-
lieren wir Streiks, so ist daran der Zentralvorstand schuld.
Unsere Kollegen müssen sich auch daran gewöhnen, Nieder-
lagen frühzeitig einzusehen, aussichtslose Kämpfe sind ab-
zubrechen. Der Kassierer Geist habe recht, wenn er auf
die Stärkung der Finanzen Bedacht genommen wissen will.

Etwas lebhaft setzt die Diskussion über die Presse ein.
Natürlich wurde wieder kritisiert, daß so viele Berichte ein-
fach nicht veröffentlicht wurden. Seidel-Dresden
spricht zweimal hierzu und bekämpft, daß Staudinger
immer noch die Arbeitsangebote aufnehme. Auch hatte
Staudinger kein Recht, sich über die Dresdner Streiktaktik
zu äußern. (?) Braun-Alt-Marthau plädiert für eine
bessere technische Ausgestaltung der Fachzeitung; im
übrigen müsse er anerkennen, daß der Steinarbeiter gut
redigiert sei. Staudinger geht in seinem Schluß-
wort eingehend auf die gepflogene Kritik ein und betont,
mit der Kritik sei nicht gespart worden; sie sei zwar sehr
breit angelegt, ging aber nicht in die Tiefe. Um die Ver-
sammlungsberichte einzuschränken, bedurfte es eines Ra-
dikalmittels, Ablehnung der unwesentlichen Korrespon-
denzen, dies sei unbedingt nötig. Unverständlich seien
ihm die Ausführungen der Kollegen Brühl und Seidel
zum Prozeß Günther. In Zukunft wird die Wirtschaftliche
Uebersicht vom Genossen Schippel auch im Steinarbeiter
publiziert. Von dem Artikel: Im Banne des Schlag-
worts, erschienen in Nr. 45, sei kein Jota zurückzunehmen,
und wenn das Korrespondenzblatt bei Zeit und Ge-
legenheit wieder eine solche Stellung einnehme, würde
dies wiederum so scharf bekämpft werden. (Vielfaches
Sehr richtig.) Staudinger geht dann auf die gestellten
Anträge ein und ersucht, unter allen Umständen das Fach-
blatt zu vergrößern.

Bei der Abstimmung über die diesbezüglichen Anträge
wurde beschlossen, das Fachblatt in Zukunft sechsseitig
erscheinen zu lassen. Nach Erledigung des Geschäftsberichts
behandelt Mittenmaier den Punkt: Agitation und
Anstellung von Gauleitern. In eingehender Weise schil-
derte er, wie schwer in den ländlichen Gegenden die Be-
treibung der Agitation sei. Im Würzburger Gau sind seit

seinem Antritt, der im Mai 1905 erfolgte, 1500 Mitglieder
gewonnen worden. Wenn man die soziale Lage der
Steinmengen eingehend studiert, diese dann den Kollegen
eingehend schildere, so sehen auch diese ein, daß wir im
Gegensatz zu den Christlichen bestrebt sind, wirklich für
die Besserstellung der sozialen Lage unserer Berufskollegen
einzutreten.

Er habe in seinem Gau nun schon so viel Arbeit, daß
er Bezirksvertrauensleute ernennen mußte, welche ihm
sehr gute Dienste leisten. Im Würzburger Gau habe er
jetzt schon einen tüchtigen Stamm von intelligenten Ver-
bandskollegen herangebildet. Die Kostenfrage bei An-
stellung von Gauleitern kann nicht in Frage kommen.
Es müßte ein schlechter Gauleiter sein, der jährlich nicht
300 Mitglieder gewinnen könnte. Wir werden auf diese
Ausführungen Mittenmaiers in der nächsten Nummer noch
eingehend zurückkommen.

Massenstreik und Gewerkschaften.

Der Massenstreik als Kampfmittel der Klassenbewußten
Arbeiterklasse wird noch nicht allgemein anerkannt. Es
herrscht darüber noch sehr viel Unklarheit, und sehr häufig
wird Massenstreik und Generalstreik in einen Topf ge-
worfen. Sehr mit Unrecht! Der Begriff Massenstreik im
Sinne der Jenaer Resolution, setzt eine sehr weit ausge-
baute, wohldisziplinierte, gutfundierte Organisation
voraus. Der Massenstreik ist im wahren Sinne des Wortes
ein organisierter Streik. Der Generalstreik, wie ihn die
Anarchisten oder auch Anarchosozialen predigen, verlangt
keine (weder gewerkschaftliche noch politische) Organi-
sation. Dr. Friedeberg versuchte vor zirka 1 Jahr in
Berlin Propaganda für seinen anarchosozialistischen Ge-
neralstreik zu machen. Wir haben gesehen, daß Friedeberg
bei der sonst sehr radikalen Berliner Arbeiterklasse keinen
Anfang fand. Nützlich hat die Arbeiterklasse erkannt, daß
der Generalstreik ohne Organisation nicht durchführbar ist,
hat dagegen den Massenstreik als weiteres Kampfmittel
zur Erringung größerer politischer Rechte freudig auf-
genommen. Bei den Anarchisten ist der Generalstreik das
einzige Kampfmittel, die bestehende Gesellschaftsordnung
zu stürzen. Aber selbst Anarchisten kommen davon ab, das
Allheilmittel im Generalstreik zu suchen.

Eine eigentümliche Art von Streik wird gegenwärtig
in Spanien versucht. Die Arbeiter eines Ortes stellen
Forderungen und legen bei Nichtbewilligung die Arbeit
nieder. Manchmal wird etwas erreicht, größtenteils jedoch
nichts, und das Erreichte wird bei der ersten besten Ge-
legenheit den Arbeitern wieder genommen. Es ist das
leicht begreiflich, da die Arbeiter nicht organisiert sind, also
jeder Rückhalt fehlt. Der Zweck ist aber auch gar nicht, die
Arbeiter besser zu stellen, sondern nur Revolutionäre sollen
erzogen werden, um bei einer günstigen Gelegenheit den
allgemeinen Generalstreik zu erklären. Von unserem
Standpunkt aus ist eine derartige Taktik vollständig ver-
fehlt, denn es ist sehr fraglich, ob von einer unorganisierten,
undisziplinierten Arbeiterklasse der Sieg, wenn er wirklich
errungen ist, auch erhalten werden kann.

Daß der Massenstreik möglich ist, bewies uns der Berg-
arbeiterstreik im Ruhrkohlenrevier. Obwohl der Streik
von verhältnismäßig kurzer Dauer war, erzeugte er doch
bald in verschiedenen Industriezentren Betriebsstörungen.
Noch muß immer die erste Sorge sein, daß alle Arbeiter
sich der Organisation anschließen. Erst dann bilden sie eine
Macht.

Das Kapital konzentriert sich immer mehr. Kleine
Streiks werden in kurzer Zeit unmöglich. Die Arbeitgeber
schließen sich zusammen und beantworten die geringe For-
derungen der Arbeiter mit der Schließung der Betriebe
ganzer Industrien, wie die Metallarbeiteraussperrung in
Bayern, die der Elektrizitätsarbeiter in Berlin usw., zeigen.
Steht nicht hinter den Aussperrten die gesamte Arbeiter-
schaft, und ist diese nicht gut organisiert, dann ist eine
Niederlage unvermeidlich. Je öfter aber solche Aussper-
rungen eintreten, desto mehr werden die Arbeiter verbittert,
desto mehr wird sich das Bestreben geltend machen, zum
letzten Mittel, zum Massenstreik zu greifen. Eine Waffe, die
man benutzen will, muß man prüfen.

In eine Diskussion über den Massenstreik einzutreten,
ist für die Arbeiter eine dringende Notwendigkeit. Es
geht mit dem Massenstreik wie mit Demonstrationen:
wenn sich die Leute erst daran gewöhnt haben, wird es ein
selbstverständliches Kampfmittel werden. Auf der in-
dustriellen Produktion ruht unser heutiges Staatswesen.
Ohne Industrie kann der Staat nicht bestehen. Wenn nun der
Massenstreik prinzipiell allgemein anerkannt ist, dann ist es
Pflicht, daß sich die Arbeiter mit ihm beschäftigen, ihn in
den Versammlungen diskutieren, damit, wenn er da ist,
die Massen sich des Zieles bewußt sind. Er wird kommen.
Und führt er nicht beim erstenmal zum Siege, dann wird
er sich wiederholen — bis wir gesiegt haben!

Einiges über Arbeiterversicherungsgesetze.

Da es sehr oft vorkommt, daß die Arbeiter — sogar
auch organisierte — mit der Entstehung, Bestimmung und
Handhabung der Versicherungsgesetze in keiner oder ab-

solust ungenügender Weise vertraut sind, so möge nachstehendes zur Belehrung dienen:

Wenn man nach der Ursache der „Sozialen Gesetzgebung“ forscht, so findet man, daß dieselbe der modernen Produktionsweise entspricht, die im letzten Jahrhundert eine große wirtschaftliche Umwälzung herbeigeführt hat. Diese Umwälzung hat auch den heutigen Arbeitern eine ganz andere Stelle zugewiesen, als es in früherer Zeit der Fall war. Die bürgerliche Gesellschaft, die es nicht im geringsten für notwendig hielt, sich auch nur vorübergehend um die Interessen der Arbeiter zu kümmern, sah sich durch das Drängen der Arbeiter gezwungen, endlich mal auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. Wiederholt wurde im Reichstage von den Arbeitervertretern die bürgerliche Gesellschaft gedrängt, sich an die Beratung einer Gewerbeordnung zu machen, welchem Ansuchen schließlich auch Folge gegeben werden mußte. So entstand die Gewerbeordnung im Jahre 1869, die seit dieser Zeit schon sehr oft revidiert und abgeändert werden mußte.

Daß es mit den anderen Arbeitergesetzen ähnlich der Fall ist, wird aus nachfolgendem zur Genüge hervorgehen. Nun ist ja bekannt, daß bürgerliche Sozialpolitiker immer und immer wieder mit der „gesicherten Existenz der Arbeiter bis ins hohe Alter“ und mit der vollen Kompottschüssel“ hausieren gehen. Wer aber die Zügellosigkeit der Ausbeutung durch die Unternehmer kennt, der weiß, daß es mit der „gesicherten Existenz“ und der vollen Kompottschüssel bei den Arbeitern sehr schlecht bestellt ist; er weiß ferner, daß nur die gut organisierte Arbeiterschaft imstande ist, den uferlosen Gelüsten der Unternehmer gegen die Arbeiter ein Ziel zu setzen. — Es steht fest, daß die gegenwärtigen Arbeiterversicherungsgesetze einen ungenügenden Schutz bieten, besonders auch dadurch, weil den Arbeitern aus Unkenntnis der durchaus knifflischen Gesetzesrieffige Summen verloren gehen.

Weil es mit der Kenntnis der Arbeiter über die Gesetze nun einmal schlecht bestellt ist, so wäre es Pflicht des Staates, ganz besonders auf die Interessen der Arbeiter bedacht zu sein; aber auch hier ist es schlecht bestellt. Denn eine große Anzahl von Arbeitern gibt es noch, die noch nicht einmal gegen Krankheit versichert sind. (Dienstboten.) Hier wäre es angebracht, daß der Staat eingriffe. Auch ist es der Unkenntnis zuzuschreiben, daß sich sehr oft die Unternehmer um die gesetzlichen Bestimmungen herumzudrücken suchen, und es ist angebracht, darauf aufmerksam zu machen, daß sobald der Arbeiter in Arbeit tritt, er auch versicherungspflichtig ist; der Unternehmer hat denselben sofort anzumelden. Sollte sich ein Unternehmer vielleicht anmaßen, mit dem Arbeiter einen „Vertrag“ abzuschließen, in welchem z. B. gesagt würde, der Arbeiter solle sich selbst versichern und der Arbeiter tut es nicht, so hat der Unternehmer sämtliche Kosten zu tragen, die durch eine eintretende Krankheit bei dem Arbeiter entstehen. Sollte ein Arbeiter nicht gleich eine Beschäftigung nach seiner Kündigung finden, so bleibt er so lange in seiner früheren Krankenversicherung, bis es ihm gelingt, Arbeit zu bekommen; selbstverständlich muß der Arbeiter sofort bei der Kündigung oder Entlassung erklären, daß er bis auf weiteres der Kasse angehören will. Auch ältere oder gebrechliche Leute, die von den Unternehmern gern „abgeschoben“ werden und anderwärts schlecht Arbeit bekommen, können der Versicherung als Mitglieder beibehalten. Diese und jene müssen aber die vollen Wochenbeiträge selbst zahlen. Im weiteren verdient es der Erwähnung, daß eine Person, die durch Unfall krank oder arbeitsunfähig wird, von der fünften Woche an erhöhtes Krankengeld zu beanspruchen hat.

Es kommt vielfach vor, daß Unternehmer mehrere Beitragswochen auf einmal von den Arbeitern in Abzug bringen, was sich dann die Betroffenen nicht gefallen lassen wollen. Es sei darauf hingewiesen, daß der Unternehmer für zwei Lohnzahlungsperioden den Betrag auf einmal abziehen kann, aber auch nicht mehr. Es kann dies aber sehr verschieden sein, je nachdem auf welche Zeit sich die Lohnzahlungsperiode bei den verschiedenen Arbeitern erstreckt; es können z. B. 14 Tage, zwei Monate, ein halbes Jahr usw. dabei in Betracht kommen.

Bei der Unfallversicherung sind leider noch sehr viel Personen nicht versichert. Da bei diesem Gesetz die Entschädigung nach dem Maße der Erwerbsunfähigkeit bemessen wird, so sind die Arbeiter natürlich vielen Irrungen und Weiterungen ausgesetzt. Da aber auch in dieser Hinsicht die Arbeiterschaft durch ununterbrochene Aufklärung immer mehr und mehr zur Erkenntnis gelangt, und auch eine gute Vertreterin in den Arbeitersekretariaten gefunden hat, so muß konstatiert werden, daß die Ausgaben der Versicherungen von Jahr zu Jahr steigen, weil sich die Sekretariate alle erdenkliche Mühe geben, dasjenige aus den Versicherungen herauszuholen, was den Versicherten mit Recht zusteht. Viele solcher Summen blieben früher den Versicherungen „geschenkt“, aber nur aus dem Grunde, weil sie sich die Arbeiter nicht zu fordern wußten.

Es ist bei solchen Angelegenheiten nur ratsam, daß man sofort die Sekretariate in Anspruch nimmt, die gern bereit sind, dem Arbeiter meist unentgeltlich zu seinem Rechte zu verhelfen, und das mit Erfolg. Leider aber ist der Arbeiter noch viel zu gleichgültig, auch in bezug auf seine Gesundheit selbst; es ist nämlich seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, jeden Fall von Verletzung, auch den kleinsten, an maßgebender Stelle zu melden, eingedenk der Folgen, die noch nach Jahren durch die Verletzung entstehen können. Es wird sonst in vielen Fällen nicht mehr mit Erfolg nachzuweisen sein, wovon die eingetretenen Verletzungen herrühren, wenn nicht ganz besondere Umstände mitsprechen, oder ganz günstige Beweise erbracht werden. Auf die berufsgenossenschaftlichen „Vertrauensärzte“ darf man nicht allzu große Hoffnung setzen.

Nicht immer wird der vom Unglück Betroffene in der Lage sein, sich sein Recht auf geschickte Art und Weise zu suchen, weil eben etwas Kenntnis und Gewißheit dazu gehört, so daß es unzweifelhaft besser ist, wenn man sich sofort an die maßgebenden Sekretariate wendet.

Auch das Invalidengesetz verdankt seine Entstehung dem Klassenbewußten Proletariat; doch ist auch hier noch vieles zu verbessern. Es wird auch hier wieder viel von den Arbeitern gewünscht. Es soll nur angedeutet werden, daß es Pflicht ist, sich oft danach zu erkundigen, ob auch seine Marken pünktlich gefleht werden, um späteren Annehmlichkeiten vorzubeugen. Ferner bedarf es der Anweisung, daß die Invalidenversicherung eine Einrichtung getroffen hat, daß die Versicherten bei andauernder Krankheit in Heilanstalten untergebracht werden, um einer

eventuellen Invalidität vorzubeugen. Besonders wäre recht angebracht, wenn verschiedene Versicherte, die an Berufskrankheiten leiden, beantragen würden, daß das Heilverfahren gegen sie eingeleitet würde. Ferner ist ganz besonders die „beliebte“ Sitte zu verwerfen, daß weibliche Personen sich bei ihrer Verheiratung von der Versicherung die Beiträge zurückerhalten lassen; es kann gar nicht dringend genug darauf hingewiesen werden, daß es der Versicherung sogar sehr lieb ist, wenn ein dementsprechender Antrag einläuft. Ohne jede Schwierigkeit erhält die Antragstellerin sofort den Betrag ausgehändigt, d. h. wenn ihre Karte in Ordnung ist. Dafür verliert sie aber auch sofort jedes Anrecht auf weitere Unterstützung von der Kasse, wenn sie sich nicht wieder selbst versichert und nicht wieder 200 Beitragsmarken gefleht hat. Was nun das Selbstverschern und 200 Beitragsmarken flehen für eine Arbeiterfrau zu bedeuten hat, wissen leider sehr wenige, wenn sie sich verheiraten; sonst würden sie die geleisteten Beiträge ruhig in der Versicherung lassen. Sie würden sich viel eher ihre Invalidenrente sichern, wenn sie nur im entferntesten daran dächten, wie leicht eine Arbeiterfrau ein Unglück treffen kann, sei es in der Arbeit selbst oder durch Krankheit, im Kindbett usw. Aber der Betrag ist dann von der Versicherung abgehoben, 200 Marken sind noch nicht wieder gefleht und somit eine Unterstützung ausgeschlossen. Eine solche Familie greift das Unglück doppelt an, wenn nicht gute Bezugsquellen zur Verfügung stehen. Das richtigste ist, man verzichtet auf ein paar Mark und hält seine Mitgliedschaft dadurch aufrecht, daß man sich alle zwei Jahre die Karte umtauschen oder verlängern läßt. Es genügt vollständig, wenn man 20 Beitragsmarken darauf hat; sogar die niedrigste Klasse kann gefleht werden, die am Orte üblich ist. Somit ist jeder auf ganz einfache Art und Weise imstande, seine Verpflichtungen der Kasse gegenüber zu erfüllen und die Not ist wenigstens etwas gelindert, wenn sie eintritt.

Aber wie wenige Arbeiter und Arbeiterinnen wissen damit Bescheid. Es wäre sehr angebracht, wenn schon den Kindern in der Schule solche Sachen gelehrt und aus-einandergelegt würden, es wäre ihnen später viel nützlicher als anderer Kram. Es bleibt immer wieder den Arbeitern allein überlassen, sich durch die Bestimmungen hindurch zu finden.

Wäre es für jeden denkenden Arbeiter ein Ansporn sein, sich mit den Versicherungsgesetzen vertraut zu machen und fleißig mit zu helfen am Ausbau dieser Gesetze, zum Segen des arbeitenden Volkes.

G. O.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Fusionen: Chemische Industrie, Laurahütte und Ravené — „Reaktionäre schlesische Landmagnaten“ — Geschäftsabschlüsse: Ludw. Loewe, Munitionsfabriken, Schering, Donnerstmarkt, Elbschiffahrt — Elektroindustrie.

Für die kapitalistischen Auffaugungen, Interessentenverbindungen und Erweiterungen liegen abermals recht bezeichnende Fälle vor.

In der deutschen chemischen Industrie fanden wir bisher zwei große Gruppen: auf der einen Seite die Interessengemeinschaft zwischen der Elberfelder Farbenfabrik, vormals Friedr. Bayer u. Co., der Ludwigshafener Badischen Anilins- und Sodafabrik und der Aktiengesellschaft zur Anilinfabrikation in Treprow — auf der andern Seite die Höchst Farbwerke, vormals Meister, Lucius und Brüning, und die Frankfurter Firma Casella u. Co. Aus der ersten Gruppe soll nunmehr ein großer Anilintrust hervorgehen durch Neubildung einer Gesellschaft, die möglicherweise mit einem Kapital von nicht weniger als 200 Millionen Mark ausgerüstet sein wird, ungefähr entsprechend der heutigen Bewertung der Aktien, deren ursprünglicher (Nominal-) Wert allerdings nur auf 51 Millionen Mark lautet (21 Millionen Mark Nominalkapital für Ludwigshafen, ebensoviel für Elberfeld, und 9 Millionen Mark für Treprow). Ueber die geplante innere Konsolidierung der zweiten Gruppe erfährt die Öffentlichkeit noch nichts Bestimmtes; doch soll sie gleichfalls im Gange sein, um alsdann nochmals von Gruppe zu Gruppe oder von Trust zu Trust eine größere Annäherung zu vollziehen. Dann wäre der Ring für einen großen und wichtigen Industriezweig nahezu geschlossen, da der Beitritt der mittleren und kleineren Betriebe kaum noch ausbleiben könnte. Damit wäre das Programm verwirklicht, das im vorigen September der Generalsekretär des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, Direktor Wenzel, auf der Generalversammlung in Heidelberg aufstellte.

Die Laurahütte gliedert sich in engerer Weise einer altbewährten Berliner Eisengroßhandlung, Jakob Rabené Söhne u. Co., an, die zu diesem Zwecke, unter Beihilfe der Diskontogesellschaft, in ein Aktienunternehmen umgewandelt wird — allerdings nur für die sogenannte Grobabbteilung (Träger, Stabeisen, Bleche usw.), neben der jedoch das übrige, im privaten Betriebe verbleibende Geschäft ziemlich belanglos erscheint. Die Handelsmagnaten der „schweren“ Branche — man denke an die Kohlenfirmen Em. Friedländer u. Co. und Cäsar Wollheim, an die Eisenfirma W. Z. Caro und Sohn, an Aug. Thyssen — haben bisher der Umwandlung in Aktienbetriebe noch immer verhältnismäßig stark widerstanden. Mit der Zeit scheint der Stein rascher ins Rollen zu geraten. Vielfach traut man der mitwirkenden Laurahütte auch noch Nebenabsichten für die kritische Zeit der Erneuerung des Oberschlesischen Stahlwerksverbandes zu. Die Werke, die ihre Verkäufe vorwiegend durch den Verband vollstrecken, verlieren mehr und mehr die engeren Beziehungen zur Rundschau; eine Auflösung des Verbandes würde sie in Verlegenheiten, größer denn je, bringen; sie müßten sich ihre eigene Verkaufsorganisation, die sie verfallen ließen, neu schaffen. Zu um so weitergehenden Zugeständnissen werden sie bei späteren Verhandlungen bereit sein, wenn sie Gegner vor sich sehen, die mit Eisengroßhandlungen eng verbündet sind und sich deshalb für die bisher ignozitierten Verkäufe (z. B. in Trägern) ganz gut selber behelfen können. Bisher bestanden, nach dem Berliner Tageblatt, im deutschen Eisenhandel folgende „Werksfirmen“, das heißt Eisengroßhandlungen, die Eisen- und Stahlwerken finanziell eng angegliedert sind: Karl Später (als Organ der Rombacher Hütte), Gebrüder Röchling (Röchling), Röter u. Co. (de Wendel), Thyssen (Deutscher Kaiser), sowie in gewissem Sinne seit einiger Zeit die Züricher Firma Julius Hoch u. Co., an der die Deutsch-Lugemburger Gesellschaft beteiligt ist. Selbst beim Abfall von Trägern, die im Deutschen Stahlwerksverband nur vom Verband selber bezogen werden können, ist diesen Werksfirmen eine gewisse Ausnahmestellung eingeräumt, wie sie die reinen Trägerhändler, denen festumgrenzte Ration von oben herab zugewiesen werden, nicht besitzen. Man wird also auf die Weiterentwicklung dieser Beziehungen von Verband und Handelsabfall gespannt sein können.

Die schlesischen Landmagnaten ziehen es übrigens gleichfalls mehr und mehr vor, sich zu guten Bedingungen natürlich, „reaktionieren“ zu lassen. Die Donnerstmarkt haben das schon in den siebziger Jahren. Die Viele-Windler haben jetzt ihren letzten Betrieb, die Preußengrube, in ein Aktienunternehmen umzuwandeln lassen, nachdem der vorher geplante Verkauf an die Rattowitzer Bergbaugesellschaft — deren Kohlenproduktion heute selbst die der Laurahütte übersteigt — gescheitert war. Die Umwandlung des Schaffgotschens Montanbesitzes, von der

seit Juni bereits die Rede ist, scheint ihrer Realisierung entgegenzugehen. Bei dieser Gelegenheit schildert der Tag die eigenartige Hebung und Auffrischung, die das gräfliche Geschlecht durch das höchst plebejische Kohlenkapital erfährt. Der Senior der Schaffgotsch-Gobulla kann heute über 4 Millionen Mark jährlicher Einkünfte verfügen. Aber in seinen jungen Tagen ging es knapper bei ihm zu und er heiratete deshalb eine Gobulla, deren Mutter noch eine ganz bäuerliche Lebensweise führte und die ihm einen stattlichen Grubenbesitz zuführte — daß dieser Besitz, noch heute, auf den Namen der „Frau Gräfin“ geführt wird, entsprecht wohl berechtigter Vorfrucht. Heute wird der Wert des Objektes auf 30 Millionen Mark geschätzt.

Auf alle einzelnen Geschäftsberichte für das Jahr 1905, die jetzt in rascher Folge weiter erscheinen, können und brauchen wir nicht einzugehen. Sie lauten, wie die schon von uns erwähnten, fortgesetzt günstig.

So verzeichnet Ludwig Loewe einen Reingewinn von 965 000 Mark gegen 810 000 Mark im Vorjahre, so daß eine Dividende von 12 (statt 10) Prozent vorgeschlagen wird trotz starker Erhöhung der Abschreibungen (von 365 000 auf 482 000 Mark), vor allem bei der rasch veraltenden und zu erneuernem Hilfs- und Schneidwerkzeugen und Utensilien. Die Nachfrage nach Maschinen und Werkzeugen wird für 1905 als sehr lebhaft dargestellt, trotz der empfindlichen amerikanischen Konkurrenz in Werkzeugmaschinen. Für Maschinen, die nicht in größerer Zahl hergestellt werden, soll eine neue Fabrik errichtet werden. Das Grundstück in der Huttenstraße bietet für eine solche Fabrik ausreichenden Platz. „Da die neue Fabrik in erster Linie dem Bau von Spezialmaschinen dienen wird, so wird die Gesellschaft die Kunden auch mit Spezialmaschinen künftig prompter bedienen können. Dies ist bei der heutigen Marktlage ein Vorteil, von dem sehr häufig das Zustandekommen des Geschäfts abhängt.“ Im Jahre 1906 ist die Nachfrage, wie die Verwaltung weiter mitteilt, bisher eine gleich starke geblieben; da aber ein großer Auftragbestand aus dem Vorjahre in das laufende Jahr übernommen wurde, ist die Gesellschaft laut Bericht genötigt, vielfach Lieferfristen zu bedingen, die die Rundschau nicht bewilligen kann. Die Direktion glaubt wiederum einen befriedigenden Abschluß vorlegen zu können, „falls nicht unerwartete Schwierigkeiten eintreten“.

Daß die Gesellschaft Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken für 1905 glänzend abschließt, braucht vollends nicht zu überraschen. Die Abschreibungen sind hier zwar auf das reichlichste bemessen (1 693 000 Mark gegen 922 000 Mark im Vorjahre 1904), weil die Inanspruchnahme des gesamten Maschinenmaterials außerordentlich groß gewesen sei und viele Arbeitsmaschinen rasch modernisiert werden mußten. Dennoch bleibt ein Reingewinn von 3 006 000 Mark (gegen 2 683 000 Mark in 1904) und eine Dividende von 18 (16) Prozent. Die Baulichkeiten in Martinitenfeld werden bereits als veraltet bezeichnet; größere Umbauten auf dem alten Terrain seien nicht mehr lohnend; man will deshalb die ganze Fabrik nach einem nördlichen Vorort verlegen. Die Kosten des Neubaus sollen zu einem guten Teil durch den Verkauf des Martinitenfelder Grundstücks gedeckt werden.

Der Schering'sche chemische Fabrik auf Aktien gibt 15 Prozent Dividende auf die alten und 7½ Prozent auf die neuen Aktien. Wegen der russischen Zölle hat man mit der Gründung einer russischen Filiale Ernst zu machen begonnen. — Die Donnerstmarkt hütte gewährt, bei starken Abschreibungen, 14 Prozent Dividende; auch für das laufende Jahr seien „alle Werkabteilungen gut beschäftigt“. — Die Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften geben 9 Prozent Dividende; das neue Geschäftsjahr berechnete zu guten Hoffnungen.

Schließlich sei aus dem Bericht des Vereins zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik hervorgehoben, daß das Jahr 1905 „eine bisher nicht gekannte Beschäftigung“ gebracht und sogar das Jahr 1900 noch übertrifft habe. Charakteristisch sei die verschiedenartige Rolle, die diese Industrie in den beiden letzten Wirtschaftsepochen spielte: In der ersten, die ihren Höhepunkt im Jahre 1900 erreichte, hatte sie eine führende Rolle, indem sie durch ihre eignen Unternehmungen, durch die Gründung von Elektrizitätswerken und elektrischen Bahnen, den tonangebenden Industrien belangreiche Aufträge zuführte und dadurch stimulierend, wenn nicht bestimmend, auf die allgemeine Konjunktur wirkte, während sie in den letzten Jahren von den Bestellungen verschiedener aufblühender Industriezweige des In- und Auslandes getragen wurde. Im letzten Jahre war es in erster Linie die deutsche Bergwerksindustrie, die in steigendem Umfange die elektrische Kraft sich zunutze machte, sei es bei dem Antrieb von Fördermaschinen, Pumpschöpfwerken, Ventilationsanlagen, sei es zur Verbesserung von Menschen und Lasten unter und über Tage, sei es endlich zur Beleuchtungs- und andern Zwecken, bei denen die Elektrizität besondere Vorteile vor den bisherigen Betriebsrichtungen gewährt und bei denen das verhältnismäßig neue Verfahren, die früher unbenutzt gelassenen Abfallgase der Gasmotoren und Hochöfen zum Antrieb von Dynamomotoren zu verwenden, den vollen Beweis seiner praktischen Verwendbarkeit erbracht. Auch die gesamte Eisenindustrie, vom Eisenhüttenwert bis zur Fabrik von Kleinmaschinen, die Zergliedung und viele andere Industriezweige wurden auf neuen Spezialgebieten Abnehmer elektrischer Fabrikate. Im Verkehrrwesen fand die Elektrizität gesteigerte Verwendung bei der Schiffahrt (Treibwerke, Hebe- und Vorvorrichtungen, Fernmeldeapparate usw.), bei dem Betriebe von Stabs- und Vorortbahnen, von verkehrswirtschaftlichen Rollbahnen, von gleislosen Bahnen und endlich auch bei dem kräftig sich entwickelnden Automobilwesen. Die Landwirtschaft entwickelt gleichfalls einen immer größeren Bedarf. Die Ausfuhr war beträchtlich, besonders nach Mittel- und Südamerika, nach Südafrika. Die gesamte Arbeiterschaft zieg von 72 500 Personen im Jahre 1904 auf 82 000 in 1905. Allein die große A. G. beschäftigte am 1. Oktober 1905 insgesamt 30 366 Arbeiter und Angestellte (1904 27 487), davon 12 200 im Installationsgeschäft, bei der Fabrikation von Gummiwaren, Dampfturbinen, Drahtseilen usw., so daß über 18 000 für die eigentliche Produktion elektrotechnischer Fabrikate zu rechnen sein würden. Der Bericht nimmt an, daß im Jahre 1905 etwa 625 Millionen Mark in der elektrotechnischen Fabrikation „tätig“ waren, so daß, unter Zuzurechnung der in Elektrizitätsanlagen untergebrachten Gelder, die gesamte Elektrotechnik rund 2½ Milliarden Mark des Nationalvermögens in Anspruch nahm.

Berlin, im April 1906.

Mag Schippel.

Der Reinfall eines Streibreicher-Agenten.

Am 27. Februar lasen wir in dem Münsterischen Anzeiger (einem Zentrumsblatt) folgendes Inserat: Tüchtige Steinmehren gesucht. Zu erstgen Hafenstraße 43, Abends von 6 bis 8 Uhr. Die hiesigen Steinmehren vermuteten, daß hierdurch Streibreicher angeworben werden sollten, deshalb wurden zwei Kollegen hingeschickt, um daselbst um Arbeit anzufragen. Die beiden erfuhren dort, daß sie es mit einem Streibreicheragenten zu tun hatten, eine Blamage sollte diesem Herrn nicht erspart werden. Auf die Frage des Agenten, ob sie im Verband seien, erklärten sie: Nein. Sie betonten weiter, es wären noch zwei arbeitslose Kollegen bei uns, wir können nirgends Arbeit bekommen, weil wir nicht in dem Verbands sind. Dadurch hatte der Agent großen Gefallen an unsern Kollegen und sagte, sie sollten den andern Tag um 11 Uhr am Bahnhofe sein, sie bekämen Arbeit in Osnaabrück bei der Firma Steinhauser bei 40 Pfg. Stundenlohn und sehr gutem Afford und Lebensunterhaltung; auch die beiden Kollegen können Beschäftigung finden. Sie befolgten diesen Rat und fanden sich auch pünktlich auf dem Bahnhofe ein. Hier kaufte der Agent vier Fahrkarten

nach Osnabrück und wollte die Kollegen an den Zug begleiten. Auf dem Bahnsteig erklärte der Agent: Ihr werdet in Osnabrück am Bahnhof von einem Vertreter der Firma Steinhauer abgeholt. Ich habe die Firma von eurem Kommen benachrichtigt. Auf die Frage eines Kollegen, ist denn in Osnabrück etwas los, weil wir abgeholt werden, erklärte der Agent, es sei sehr viel los, es arbeiten dort 40 bis 50 Steinmetzen. Auf die direkte Frage, ob in Osnabrück Streik sei, sagte er, Streik sei nur in der Fabrik, ohne aber die Steinmetzen nichts an. Hierauf wurde ihm der in Nr. 11 des Steinmetzens veröffentlichte Artikel über die Firma Steinhauer vorgezeigt. Er erklärte den Inhalt desselben für unwahr. Hierauf weigerte sich der eine Kollege abzufahren und alle vier verließen den Bahnhof. Auf dem Platze vor dem Bahnhofe beruhte der Agent noch einmal sein Glück, er verlangte noch einmal den Steinmetzen zu lesen und erklärte nochmals das darin Enthaltene für unwahr. Ein Kollege machte ihm klar, daß der Inhalt des Artikels doch wahr sei und er, wenn er Steinmetzen verkaufen wolle, nach dem Auslande gehen solle. Hierauf zog er es vor, aus dem Gesichtskreis der ihn auslachen den Steinmetzen, Droschkentaxis und Dienstreuten zu verschwinden. Hoffentlich ist Herr Joseph Brede, so heißt der Agent, von seiner Methode, Streikbrecher anzuzuzerben, kuriert.

Korrespondenzen.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Augsburg. Endlich haben sich die hiesigen Kollegen aufgezaufft, um einmal die hier herrschenden unhaltbar gewordenen Zustände abzuschaffen. Bis her spinnete die Meister den Kollegen zähnen, was sie wollten, konnten sie im Tagelohn ausnützen wie sie wollten, namentlich im Winter. Im Sommer wurde ein Tagelohn von 4 bis 4.70 Mk. bezahlt, der dann nach Allerheiligen um 1 bis 1.80 Mk. pro Tag gekürzt wurde. Motiviert wurde dieser Abzug mit der kurzen Arbeitszeit; in Wirklichkeit mußten die Kollegen, die den Winter über Arbeit hatten, bis in den Dezember hinein 1/2, 9, 8 1/2 und 8 Stunden, je nach Tageshelle, bis zum kurzen Tage mit 7 1/2 Stunden arbeiten, und von Lichtmühe bis Josephstag (19. März), dem Beginn des Sommerlohnes, von 7 1/2 Stunden aufwärts bis 9 1/2 Stunden um den horrenden Lohn von 3 bis 3.80 Mk. bei den bedeutenden Mehrausgaben des Winters und der immer mehr steigenden Verteuerung der ganzen Lebenshaltung. In der Versammlung vom 3. Dez. 1906 faßten nun die Kollegen den Beschluß, diese Zustände zu beseitigen und geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Der Ausschuss wurde beauftragt, die zu stellenden Forderungen zu formulieren, welcher Aufgabe derselbe sich in drei Ausschusssitzungen erlegte, um dann dieselben einer außerordentlichen Versammlung am 25. Februar vorzulegen; nachdem die Bewegung am 4. Jan. bei der Gaulzeitung und am 18. Jan. beim Zentralvorstand angemeldet und von diesem genehmigt wurde. Gefordert wurden 50 Pfg. pro Stunde für Steinmetzen, 38 Pfg. für Schleifer und 35 Pfg. für Hilfsarbeiter, 30 Prozent Zuschlag für Ueberstunden, 50 Prozent Zuschlag für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit in der Werkstatt und 100 Prozent außerhalb der Werkstatt; außerdem eine 58stündige Arbeitswoche bei 60stündiger Bezahlung. Die Kollegen waren mit den Ausschusssitzungen zufrieden und beschlossen einstimmig, für das Zustandekommen geordneter Verhältnisse einzutreten. Nachdem Gaulleiter Dink noch verschiedene Anweisungen gegeben hatte, wurde die Lohnkommission beauftragt, die Forderungen bis spätestens 11. März einzuzeichnen. Da die Konjunktur stieg und das Wetter günstig war, mit dem wir sehr zu rechnen haben wegen der Friedhofarbeiten, unterbreitete die Lohnkommission unsere Forderungen schon am 8. März den Meistern mit dem Ersuchen um Rücksäuerung bis 13. März mittags 12 Uhr, bis zu welchem Termin auch schon eine Einladung zu einer mündlichen Unterhandlung seitens der Jungung bei unserer Lohnkommission eingelassen war. Anerkennungswert ist das bereitwillige und friedliebende Entgegenkommen der Steinmetzmeister in der ganzen Angelegenheit. In der am 14. März stattgefundenen mündlichen Unterhandlung nahmen die Meister viele unserer aufgestellten Punkte unverändert an, nur der 50-Pfg.-Minimallohn wollte ihnen gar nicht recht zugehen; vom Minimallohn wollten sie überhaupt nichts wissen, doch gelang es unserer Lohnkommission nach vielseitigen Begründungen, unsere gerechten Forderungen einen Minimalstundenslohn von 48 Pfg. für Steinmetzen und

35 Pfg. für Schleifer zu erreichen. Für die Schleifer und Hilfsarbeiter kommt nur ein Betrieb in Betracht. Während der betreffenden Meister für die Schleifer 35 Pfg. sofort bewilligt, wollte er die Hilfsarbeiter willkürlich entlohnen; der besagte und noch einige andre Meister konnten es gar nicht fassen, daß in unserm Verbands auch Schleifer und Hilfsarbeiter aufgenommen werden und daß die Kollegen auch für diese eintreten. Am 15. März fand eine außerordentliche Versammlung statt, in der das Resultat der Unterhandlung den Kollegen bekanntgegeben wurde. Nach teilweise erregter Debatte gaben sich die Kollegen mit dem Erreichten zufrieden, doch wurde die Lohnkommission beauftragt, wegen der Hilfsarbeiter nochmals vorstellig zu werden, was diese am 16. März auch tat, mit dem Erfolg, daß auch für die Hilfsarbeiter die Organisation anerkannt und ein Stundenlohn von 32 Pfg. bewilligt wurde. Hierauf wurde der Vertrag von beiden Seiten unterzeichnet. Erreicht wurden 48 Pfg. Minimalstundenslohn für Steinmetzen, 35 Pfg. für Schleifer, 32 Pfg. für Hilfsarbeiter, 20 Prozent Zuschlag für Ueberstunden, 20 Prozent für Arbeiten außerhalb des Burgfriedens bis 30 Kilometer Entfernung nebst freier Fahrt und Schlafgeld, in besonderen Fällen nach Vereinbarung, 50 Prozent Zuschlag bei Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit in der Werkstatt, außer der Werkstatt 100 Prozent; außerdem die 58stündige Arbeitswoche bei 60stündiger Bezahlung. Der Vertrag gilt ein Jahr und läuft ein Jahr weiter, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird. Wir mußten uns auch einige Zusätze seitens der Meister gefallen lassen, die aber auf das Gesamtergebnis keinen Einfluß ausübten. Wenn wir auch nicht alles erreichten, was wir erreichen wollten, so können wir doch von einem großen Erfolg reden in Anbetracht dessen, daß wir das Errungene auf friedlichem Wege erreichten, und die hiesigen Kollegen noch nie in einer eigentlichen Lohnbewegung gestanden hatten. Jedenfalls haben wir jetzt einen Grundstein gelegt, auf dem aufzubauen unsere Aufgabe für kommende Zeiten sein wird. Wenn auch unter den Kollegen eine anerkanntswerte Einigkeit herrschte, ein Hauptverdienst um die friedliche Lösung der ganzen Frage hat sich untreitig unsere Lohnkommission erworben, deren ruhige, sachliche Ausführungen und taktvolles Benehmen während der Verhandlung mit den Meistern selbst von diesen voll und ganz anerkannt wurde. Nun sollte man meinen, ein so leicht errungener Erfolg müßte die freudigste Stimmung unter den Kollegen hervorzufen! Das scheint hier jedoch nicht der Fall zu sein, wenigstens nicht bei einem Teile der Kollegen. Diese Kollegen können sich nicht richtig in die Sachlage hineinfinden. Es scheint fast, als hätten sie den Ausdruck eines Streiks nicht ungern gesehen; sie bedenken dabei aber nicht, welchen Ausfall an Verdienst, wieviel Plakerei und Scherelei den Streit verursacht oder welchen Ausgang er nehmen kann. Wir hätten ja durch einen Streik vielleicht die 50 Pfg. Minimallohn und die Streichung der Zuschläge der Meister erreichen können, aber auf alle Fälle wird es vernünftiger und besser sein, sich mit 48 Pfg. ohne Streik zufrieden zu geben, als sich in eine Bewegung zu stürzen, von der man schließlich doch nicht weiß, wie sie ausgeht. Wenn sich das alles die nicht ganz befriedigten Kollegen besser überlegen würden, dann würden sie auch eher zufrieden sein und die gut gemachte Arbeit unserer Lohnkommission besser würdigen. Haben wir doch aus unserer Lohnkommission besser Bestimmtes geschaffen mit einer festen Grenze nach unten. Und lebenslanglich sind wir ja doch nicht an diesen Vertrag gebunden!

Aufgabe der Kollegen wird es nun sein, das Errungene hochzuhalten; dazu ist aber vor allem nötig, daß die Kollegen die einzelnen Punkte des Vertrags, Arbeitszeit usw. betreffend, genau einhalten, daß sie in dieser Beziehung keinen Anlaß zu Reibereien zwischen Meistern und Gesellen geben, daß sie die Verhandlungen fleißig besuchen und so den Beweis liefern, daß sie die Sachlage richtig erfassen haben. Die Meister müssen sehen, daß wir auch nach der Bewegung zusammenhängen, denn sobald sie gewahrt werden, daß sich unser Zusammenhalt lockert, sobald werden sie versuchen, allmählich einzelne Punkte des Vertrags zu umgehen. Möchten die Kollegen doch stets die Devise vor Augen haben: Einigkeit macht stark!

Altenz. Die hiesigen Kollegen sind seit 16. Februar 1906 unter Leitung des Bauvorstandes Kraft-Mannheim mit den Unternehmern in Unterhandlungen getreten. Am 16. Februar fand in Reußstadt a. Paaritz auf Einladung des Arbeitgeberverbandes an Gaulleiter Kraft die erste Verhandlung statt. Kraft zog von sämtlichen Zahlstellen der Pfalz eine Vertretung zu. Von hier war Feld und Bastian anwesend. Zu dieser Verhandlung waren auch die christlichen Gewerkschaften zugezogen.

Es sollte dort ein einheitlicher Lohnstarif ausgearbeitet werden für die ganze Pfalz. Es wurde aber keine Einigung erzielt, da die Ansichten aller Parteien zu weit auseinander gingen. Dazu trugen auch wieder die Christlichen ihr gut Teil dazu bei. Auf Anregung des Gaulleiters Kraft reichten nun die Kollegen der Zahlstelle Alfenz am 20. Februar diese Lohnforderung ein: Stundenlohn von 50, 56 und 60 Pfg. pro Stunde. Der Termin war gesetzt bis 15. März. Anfangs März hielt nun der Arbeitgeberverband der Pfalz, soweit dies uns bekannt ist, eine geheime Sitzung ab. In dieser Sitzung arbeitete er einen Affordtarif für die ganze Pfalz aus, mit Garantie des Stundenlohnes von 50, 56 und 60 Pfg. Am 15. März tagte man wiederum auf Anregung des Arbeitgeberverbandes der Pfalz gemeinschaftlich in Kaiserslautern. Die hiesige Zahlstelle war vertreten durch Kraft-Mannheim und Feld-Alfenz. In dieser Sitzung wurde uns nun vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Herrn Heil-Kaiserslautern, der Affordtarif mit Stundenlohn von 50, 56 und 60 Pfg. vorgelegt. Anwesend waren sämtliche Unternehmer des Arbeitgeberverbandes mit Ausnahme der Steinhauermeister von Alfenz, welche durch Abwesenheit glänzten. Da die Verhandlungen über den direkten Stundenlohn scheiterten, so gingen auch die Vertreter der Arbeiter auf den oben angeführten Affordtarif ein. Am 15. März abends sandten uns die Steinhauermeister von Alfenz die Antwort auf unsere Forderung vom 20. Februar. Diese lautete, daß sie an den örtlichen Verhältnissen, wie sie hier bestehen, festhalten. Diese örtlichen Verhältnisse sind ganz wider Afford! Ein Ausbeuterhüßtem, wie in ganz Deutschland keins mehr besteht. Daraufhin wurden nun am 17. März durch Gaulleiter Kraft Verhandlungen angebahnt mit den Meistern, welche ebenfalls an derselben Antwort scheiterten. Es wurde dann noch am selben Tage die gescheitete vierzehntägige Kündigung eingereicht und der Zentralvorstand sofort telegraphisch durch Kraft davon in Kenntnis gesetzt. Während dieser Kündigungsfrist gaben die Meister keinen Laut von sich. Sinegenen zogen sie die Schraube noch etwas fester an. Am 30. März wurden nun Kraft und der erste Vorsitzende Feld vorstellig bei Gebr. Spuhler, um Unterhandlungen anzubahnen. Es wurde ihnen seitens des Herrn Friedrich Spuhler mitgeteilt, daß morgen (31. März) sämtliche hiesige Meister zusammenkämen. Kraft würde dann Einladung resp. Antwort erhalten. Am 31. März sandten nun die Steinhauermeister brieflich Antwort wie folgt:

An Herrn Kraft, zurzeit Hotel Post, hier.
Wir teilen Ihnen mit, daß wir an den hiesigen Verhältnissen festhalten.

Achtungsvoll
Gebr. Spuhler, Peter Böhler, Karl Brügnus, Spindler u. Co. Friedrich Weeber.

Es wurde dann sofort durch Gaulleiter Kraft eine Versammlung anberaumt, in welcher der uns von den Arbeitgebern aufgezwungene Streik proklamiert wurde. Kraft erläuterte noch in kurzen Worten das Verhalten der Kollegen im Streik und mahnte die anwesenden Kollegen in scharfen Worten zur Einigkeit im Kampf.

Gannover. Am 17. März fand eine sehr gut besuchte Steinmetzversammlung statt, zu der auch Gaulleiter Maus anwesend war. Beim ersten Punkt der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, ergab sich die Aufnahme von 15 Kollegen, so daß es hier nur noch wenige unorganisierte Kollegen gibt. Als dann verlas der Vorsitzende das Antwortschreiben der Arbeitgeber. Die hiesigen Grabsteinfirmen haben kürzlich ihre Verkaufspreise um 25 bis 100 Prozent erhöht. Auf Grund dessen verlangten die Kollegen eine Lohnhöhung. Es wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die mit den Meistern unterhandeln soll. Dann hielt Gaulleiter Maus einen Vortrag über den Verbandstag und führte folgendes aus: Die Zeitungs- und Delegationen müßten abgefehlt werden, dafür aber die Beiträge erhöht werden. Eine Unterstützungsrichtung müßte geschaffen werden, die Krankunterstützung sei vorläufig die beste, aber die erkrankten Mitglieder müßten vom Beiträge befreit sein. Von einer Erwerbslosenunterstützung müßten wir absehen, da sie zu hohe Beiträge kosten würde und wir besonders auf dem Lande und bei Gründung neuer Zahlstellen auf Widerstand stoßen. Wenn besoldete Gaulleiter angestellt werden, so müßten fünf bis sechs angestellt werden. Aber wo? Jeder Gau möchte gern eine besoldete Kraft haben. Es sei das Beste, die Entscheidung hierüber dem Verbandstage zu überlassen.

Aus Geschichte und Praxis der Gewerkschaften.

III.

Am dritten Abend wurden die Formen der gewerkschaftlichen Organisation behandelt.

Als in der Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Arbeiter in Deutschland sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren begannen, versuchten die fortschrittlichen Elemente des Bürgertums, die in der Fortschrittspartei ihre politische Organisation hatten, die Arbeiter an ihre Fahne zu fesseln. Einem solchen Versuch diente die Gründung der deutschen Gewerkschaften. Der Kaufmann Max Girsch, der in England die Gewerkschaftsbewegung studiert hatte, empfahl schon im Jahre 1868 auf dem allgemeinen Arbeitertag in Berlin den Arbeitern, sich nach dem Muster der Trade Unions zu organisieren. Er fand keine Unterstützung und er gründete, unterstützt durch den Abgeordneten Dunder, die Gewerkschaften, die nach ihren Gründern benannt wurden.

Die Girsch-Dunderschen Organisationen wurden vom Sozialistengesetz verbannt. 1871, drei Jahre nach ihrer Gründung, zählten sie 10 000 Mitglieder, 19 Jahre später, nach Fall des Sozialistengesetzes 63 000. In dem gleichen Jahre hatten die freien Organisationen über 200 000 Mitglieder erreicht. Vom Jahre 1904 bis 1906 stiegen die Gewerkschaften von 111 889 auf 116 148. Sie können also nicht vorwärts kommen. Auch die einzelnen Verbände sind verschwindend klein gegenüber den freien Zentralverbänden. Der Verband der Bauhandwerker, der die Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Bauhilfsarbeiter und Stukkateure umfaßt, zählt 1278 Mitglieder. Demgegenüber zählt der Maurerverband allein 170 000 Mitglieder. Die graphischen Berufe, die Buchdrucker, Steinbruder, Lithographen, Buchbinder usw. sind bei den Girsch-Dunderschen mit 2075 Mitgliedern organisiert. Der Buchdruckerverband hat allein über 44 000. Die einzige Organisation von einiger Bedeutung ist der Gewerkschaften der Metallarbeiter. Er zählt 50 000 Mitglieder. Aber auch dieser Verband geht den Krebsgang. Sein Vermögen ging in verfließenden Jahre um 29 000 Mk. zurück, obwohl die Beiträge erhöht und die Leistungen herabgesetzt wurden. Für die Girsch-Dundersche Organisation ist kein Agitationsfeld unter den Arbeitern mehr vorhanden. Die ausgeklügelten Arbeiter, besonders das jüngere Element, schließen sich den freien Verbänden an und in katholischen Gegenden dominieren die christlichen Gewerkschaften.

Der Bischof Ketteler von Mainz hat schon zu fast allen Zeiten der katholischen Arbeiter die Organisation empfohlen. In den katholischen Gesellenvereinen wurden sogenannte Fachabteilungen eingeführt, in denen das berufliche Interesse gepflegt werden sollte. Im Jahre 1891 erließ der Papst Leo XIII. ein Rundschreiben, in welchem zur Arbeiterfrage Stellung genommen wurde. Dort wurde gefordert: Schutz des Privateigentums, Schutz der Sonntagsruhe zum Zwecke der religiösen Übung, Schutz der Arbeiter vor Ausbeutung zum gewissenlosen Gewinn usw. Man erkannte selbst in christlichen Kreisen bald, daß diese

Art Vereine nur Scheinorganisationen waren. Im Jahre 1894 wurde eine vom Gesellenverein unabhängige christliche Organisation, der Bergarbeiterverband, gegründet. Dieser Verband war interkonfessionell. Man ließ damals durchblicken, daß eine rein katholische Organisation von den Grubenbesitzern sofort als Zentrumsgründung bezeichnet würde. Aber das Zentrum hat sich seinen Einfluß wohl zu erhalten gemußt, es protegirt die christlichen Gewerkschaften und spielt die Führerrolle. Es ist der Zentrumsabgeordnete Bachem gewesen, der damals sagte, daß es für das Zentrum die höchste Zeit sei, die Arbeiter beruflich zu organisieren. „Die Bewegung ist unauffällig, sie wird sich vollziehen mit dem Zentrum oder ohne es und gegen es.“ Das Zentrum sah seine Feindrücken wanken und deshalb empfahl es den Arbeitern die Gründung christlicher Gewerkschaften. Die christlichen Führer machen ständig den freien Gewerkschaften den Vorwurf, sie wären sozialdemokratisch und religionslos. Aber in keinem Statut der freien Verbände findet sich ein Paragraph, der einen politischen oder religiösen Zwang den Mitgliedern auferlegt. Dagegen verlangt das Statut der christlichen Textilarbeiter, daß sich das Mitglied „feierlich als Gegner der Umsturzpartei bekennen muß“; der Verein der Ziegler in Lippe verlangt, daß seine Mitglieder treu zu Kaiser und Reich stehen und Gegner sozialdemokratischer Grundsätze sind, in andern Verbänden befinden sich Statuten, in denen es heißt, „es werden soziale Zwecke im Sinne der Zentrumsparthei verfolgt“. Der Klerus und das Zentrum sind die Gründer dieser christlichen Organisation. Und wenn heute die christlichen Gewerkschaften immer mehr auf die Bahn des Klassenkampfes gedrängt werden, so sieht es das Zentrum nicht ohne Grausen. Die christlichen Gewerkschaften, die wie sie selbst von sich behaupten, mit den Unternehmern nur friedlich verhandeln wollten, sind in gleicher Weise zum Streik gedrängt worden wie die freien Organisationen. Die Grubenbesitzer in Rheinland-Westfalen sagen heute, daß ihnen der mit offenen Bistier kämpfende Sozialdemokrat lieber ist, als der in der jesuitischen Kutte einhergehende Christliche. Die Christlichen sind aber nicht nur auf den Weg des Klassenkampfes gedrängt worden, sie haben auch alle Einrichtungen der freien Gewerkschaften nachgeahmt. Die Zentralisation, die Generalkommission, sogar internationale Kongresse führten sie ein. Diese Entwicklung ist ein Beweis dafür, daß der Gehanke an christliche Organisationen unter den Arbeitern nicht selbst entstanden ist, er wurde hineingetragen, den Arbeitern oktroyiert. So erklärte auf dem Frankfurter christlichen Kongress ein Delegierter: „Uns trennt nur noch das Wort christlich von den freien Gewerkschaften.“ Die Erfahrungen des Klassenkampfes drängen den christlichen Arbeiter immer mehr vom Klerus und dem Zentrum ab.

Jene christlichen Gewerkschaften, die diese radikalen Lüne anschlagen, bilden gerade die Haupttruppe der ganzen Bewegung. Es sind die Bergarbeiter und Textilarbeiter, die allein fast drei Fünftel aller Mitglieder umfassen. Die andern Berufsgruppen kommen gar nicht in Betracht. Der christliche Verband der Wäcker hat nur etliche hundert Mitglieder, während der moderne Wäcker-

verband 12 000 zählt. Die Bauhandwerkerorganisation auf christlicher Grundlage zählt 14 000 Mitglieder, das Graphische Gewerbe 400, die Holzarbeiter 7500, die Metallarbeiter 10 000.

Die Verbände im Rheinland, die erfreulicherweise dem Klerus immer mehr entwachsen, haben durch ihr radikales Auftreten eine Gegenbewegung hervorgerufen. Von Berlin aus wurde, gestützt auf einen Hirtenbrief des Freiburger Bischofs, der der christlichen Gewerkschaftsbewegung den Vorwurf machte, das Wort „christlich“ sei bei ihr nur Schall und Aushängeschild. Eine Agitation für die katholischen Fachabteilungen inszeniert. Unterstützt wurden diese Berliner durch den Bischof von Trier. Beide Bewegungen bekämpften sich sehr heftig. Auch der Papst wurde angerufen und er hat den Fachabteilungen Recht gegeben. So treibt der Klerus einen neuen Keil in die christliche Gewerkschaftsbewegung. Früher oder später werden sich die Arbeiter von der Vormundschaft der Geistlichen befreien und einsehen, daß sie mit ihren Klassengenossen gemeinsam kämpfen müssen.

Eine andere Organisationsform sind die sogenannten lokalen Organisationen. Sie sind unterm Sozialistengesetz entstanden und haben damals ihren Zweck in vollem Maße erfüllt. Sie bekannnten sich als sozialdemokratische Organisationen. Der eigentliche Führer dieser Bewegung war der Regierungsbauinspektor außer Dienst Kehler, nach dem sie die Kehlerische Richtung genannt wird. Eine bestimmte Angabe über die Mitgliederzahl der lokalen Organisationen ist nicht zu machen, da eine Veröffentlichung hierüber von seiten der Leitung nicht erfolgt. Man schätzt die Zahl auf circa 25 000. Besonders in Berlin sind die lokalen Vereine noch stark. Aber der geringe Einfluß, den die Verbände auf das ganze Berufsleben ausüben können, hat schon einige veranlaßt, sich aufzulösen und sich den Zentralverbänden anzuschließen. Die jüngeren Elemente in der Arbeiterschaft treten vorwiegend den Zentralverbänden bei.

Die Industrieverbände und Branchenorganisationen sind Formen der Organisation, über die noch vielfache Meinungsverschiedenheiten herrschen. Man glaubt, daß durch Branchenorganisationen vor allem das berufliche Interesse mehr gepflegt werden kann. Das kann aber auch innerhalb der Industrieverbände durch Einführung von Branchensektionen geschehen. In den großen Maschinenfabriken sind heute z. B. alle Arten der Metallarbeiterbranche beschäftigt, diese Arbeiter haben ein gemeinsames Interesse dem Unternehmer gegenüber, sie können im Industrieverband viel wirksamer ihre Forderungen durchsetzen. Durch Abhaltung von Fachkonferenzen, wie sie in letzter Zeit von dem Holzarbeiterverband für die Korbmacher, Bürsten und Pinselmacher arrangiert wurden, kann man die sachlichen Interessen pflegen. Die Former und Werkarbeiter haben in der richtigen Erkenntnis, daß die Kämpfe der Zukunft nur von großen, leistungsfähigen Industrieverbänden geführt werden können, sich dem Metallarbeiterverband angeschlossen. Im Verband der Schmiede ist zurzeit eine Diskussion über die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverbände im Gange. Natürlich bedürfen solche Fusionen erst reifer Prüfung. Vorerst ist es nötig, die Zersplitterung in den verschiedenen Berufen zu beseitigen.

Rundschau.

Schwarze Listen. In Essen kursieren schwarze Listen über die in Ohlsdorf bei Hamburg streikenden Steinmetzen. Es ist folgendes Begleitschreiben dabei:

Berlin, Linienstraße 15, 18. März.

An die Mitglieder des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte!
Laut Mitteilung von Verbandsmitgliedern aus Hamburg sind die auf beifolgender Liste benannten Steinmetzen in den Ausnahmestellung.

Unter Hinweis auf § 2 unserer Statuten ersuchen wir um Schutz der betreffenden Firmen.

Hochachtungsvoll

Das Geschäftsamt des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte.

Ziel nützen werden solche Urteilsurteile nicht. Im Geschäftsamt des Steinmetzerverbandes scheint man ja nichts anderes mehr zu tun zu haben, als schwarze Listen anzustellen.

Politisch neutral zu sein geben die christlichen Gewerkschaften ständig vor, wenn auch an diese „Neutralität“, wegen ihres engen Kontakts mit der Zentrumspartei kein Mensch glaubt, es sei denn ein Christlicher, dessen Lebenserfahrung noch in den Kinderschuhen steckt. Jetzt räumt in einem Artikel über: „Die bayrischen Militärarbeiter und ihre Interessenvertretung im Landtag“, das enfant terrible der christlichen Gewerkschaftsblätter, die „Gewerkschaftsstimme“ mit diesem Märchen gründlich auf. Wir lesen dortselbst:

Und wenn unser Verband bei der letzten Parlamentswahl zu intensiver Interessenvertretung alles daran setzte, einen aus den Reihen der Militärarbeiter selbst, der ihre Freuden und Leiden mitgeteilt hat, der das Wesen und Treiben und die Arbeitsverhältnisse aus eigener Erfahrung kennt, in den Landtag zu bringen, mit Erfolg begleitet war, so hatten wir durch diesen Erfolg auch die Versicherung, daß die bayrischen Militärarbeiter in ihrer korporativen Vertretung an die Spitze der übrigen bayrischen Staatsbediensteten getreten sind. Die bisherige parlamentarische Tätigkeit und nachstehende Anträge des Kollegen Oswald für die Militärarbeiter beweisen das wohl zur Genüge.

Wir sind nun die letzten, die etwa dem christlichen Hilfs- und Transportarbeiter- ufm. Verband aus dieser Handlungsweise einen Vorwurf machen, im Gegenteil, wir wünschen, daß seine Mitglieder bei jeder Wahl nur den ausgesprochenen Arbeitervertretern ihre Stimme geben. Aber in Bayern gibt es doch kein Wahlsystem nach Berufsständen, man hat sich also nicht für die Wahl des Berufs-Kollegen, sondern die des Politikers ins Zeug gelegt. Nicht Berufs-, sondern Parteiinteresse verfolgen. Wo bleibt denn da die vielgerühmte politische Neutralität?

Herr Braun, der ehemalige Steinmetz, schimpft vor Ärger mit kräftiger Stimme auf den nicht neutralen, er sagt roten Steinmetzverband. In seiner schon so oft bewiesenen Ungeschicklichkeit gibt er uns nun selbst schwarz auf weiß, daß die Christlichen ja gar nicht neutral sind. Braun ist als wichtiger Zentrumsmann bekannt; Herr Oswald ist von derselben Couleur. Wir rufen Herrn Braun zu, doch konsequent in der Inkonsequenz zu sein.

Der Reichspump. Der neueste Jahresbericht der Reichsschuldenkommission ist dem Reichstage zugegangen. Die verzinliche Schuld des Deutschen Reiches am Schluß des Rechnungsjahres 1904 in Höhe von 3203,5 Mill. Mk. (gegen das Vorjahr mehr 100 Mill.) setzte sich zusammen aus 450 Mill. Mk. 3/2proz., vormals 4proz. Anleihen, 790 Mill. 3/2proz. Anleihen, 1783,5 Mill. 3proz. Anleihen, 40,07 Mill. 4proz. Schatzanweisungen von 1900 und 139,93 Mill. Mk. 3/2proz. Schatzanweisungen von 1904. Die unverzinlichen Schulden im Betrage von 550 Mill. Mk. bestanden aus 430 Mill. unverzinlicher Schatzanweisungen und 120 Mill. Reichsschatenscheinen. Demgemäß stellten sich die Gesamtschulden des Reiches Ende März 1905 auf 3753,5 Mill. Mk.

Arbeitersekretariate existierten Anfang 1906 insgesamt 74 gegen 54 zu Beginn von 1905. Der Zugang beträgt 23. Es sind dies die Sekretariate in: Aachen, Bant-Wilhelms-haben, Barmen, Bielefeld, Charlottenburg, Chemnitz, Dessau, Dresden, Elberfeld, Forst i. L., Fürth, Hamm i. W., Karlsruhe, Koburg, Kolmar, Kottbus, Krefeld, Kottbus, Striegau, Wiesbaden, Wolgast, Worms und Wunsiedel. Das Sekretariat in Göttingen ging ein, die in Altona und Iserlohn wurden vereinigt mit denen in Hamburg bzw. Lüdenscheid.

Erster internationaler Kongress gegen die Arbeitslosigkeit. Die Mailänder Umanitaria, das bekannte, aus dem Vermächtnis eines Menschenfreundes unterhaltene Institut, beruft zum 28. und 29. September d. J. einen internationalen Kongress ein, auf dem das Problem der Arbeitslosigkeit, deren Ursachen und die Mittel zur Beseitigung derselben erörtert werden sollen. Eingeladen zur Teilnahme sind Schriftsteller, Abgeordnete, Gelehrte, kurz alle Leute, die sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigen.

Terror! Wiederum liegt ein Fall vor, wo fleißige Arbeiter an freiwilliger Arbeit gehindert werden. Sind es sozialdemokratische Streikführer, die sich des Verbrechens, das bekanntlich mit Zuchthaus geahndet werden soll, schuldig machen? — Nein, ein Arbeitgeberverband ist es, der Arbeitgeberverband für Dortmund und Umgegend. Dieser hat an die Unternehmer ein Zirkular verfaßt, das wir zu veröffentlichen in der Lage sind. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

„Dortmund, 21. März 06.

Herr

Wie Ihnen aus Zeitungsnachrichten bekannt sein dürfte, ist im benachbarten Gogen eine Arbeiterbewegung im Gange. Die Arbeitgeber haben jede Verhandlung abgelehnt, da die Forderungen von dem Metallarbeiterverbande gestellt worden sind.

Infolge dessen hat bei der Firma Rentrop in Wilsza eine Anzahl Leute gekündigt, deren Namen wir auf beiliegender Liste bekanntgeben.

Desgleichen sind bei der Maschinenbauaktiengesellschaft Union in Essen die auf der weiter beiliegenden Liste aufgeführten Arbeiter ohne Grund in Kündigung getreten.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband für Dortmund und Umgegend.

gez.: F. Söhnchen.

Bemerkt sei, daß sich die schwarzen Listen ausnehmen, wie staatsanwaltliche Steckbriefe; sie enthalten nicht bloß den Namen, sondern auch Geburtsdatum und Wohnort der Betroffenen, damit über die Person der Gefenzeichneten ja kein Irrtum obwalten kann. — Kein Staatsanwalt wird sich finden, der gegen solchen wirklichen Terrorismus einschreitet.

Die kirchlichen Zwitter- und Splittergewerkschaften. Die „christlichen“ Gewerkschaften werden bei den zum Frühjahr ankommenden Lohnkämpfen wieder die denkbar schärfste Rolle spielen. Dafür lassen sich Anzeichen schon an allen Ecken und Enden erkennen. Durch ihre schwachen Kräfte sind die christlich-zentrierten Sonderverbände äußerst gefährliche Bundesgenossen. Sobald ein Streik länger als acht Tage dauert, suchen sie ihn in der Regel auf irgend eine Art zu Ende zu bringen: entweder klüngen sie hinter dem Rücken der freien Verbände einen armeligen Kompromiß zurecht, oder sie brechen einen Streit mit der Bruderorganisation vom Zaune. Raum hat die große Lohnbewegung der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Köln begonnen, und schon haben die „Christlichen“ bereits ihren schönsten „Grund“ fabriziert, um ihren anders organisierten Klassengenossen in den Rücken zu fallen. Sie hielten eine Versammlung ab, die sich statt gegen das Unternehmertum in der gehässigsten und verlogenen Art gegen die freien Gewerkschaften richtete. In dem Streik der Kölner Former machen sich ebenfalls schon die Anzeichen des kommenden „christlichen“ Verrats bemerkbar, und in Aachen machten es die Zentrumschriften so: Die Zahlstellen der freien, der Hirsch-Dunderschen und der „christlichen“ Holzarbeiter haben beschlossen, gemeinsam eine Lohnbewegung zu führen. In der Lohnkommission sollten gemäß der Mitgliederstärke der christliche Verband sechs, der Deutsche Holzarbeiterverband vier und die Hirsch-Dunderschen zwei Sitze erhalten. Die Christlichen behaupteten aber, die Orte Eupen und Brand gehörten auch zum Lohngebiet, und sie verlangten dafür für sich noch einen Sitz. Um die Bewegung nicht von vornherein zu gefährden, willigte man in den siebenten Sitz, und so hatten die „Christen“ die Mehrheit. Gleich in der ersten Sitzung verübten sie auf Grund dessen einen schamlosen Gewaltstreich. Sie beschlossen mit ihren sieben gegen sechs Stimmen, daß die Publikationen der Lohnkommission nur im Nachener Volksfreund, einem Zentrumsblatt niedersten Grades, veröffentlicht werden sollten. Alle Einwände, daß es doch nicht gehe, nur in dem Blatte einer Richtung, das von den anderen gar nicht gelesen werde, zu inserieren, und daß doch die Kosten gemeinsam getragen würden, blieben ohne Eindruck auf die Zentrierten. Der Volksfreund ist zudem ein Blatt, das bei jeder Lohnbewegung den Unternehmern die Spalten zu Streikbrechergefechten öffnet. Ohne Zweifel wollen auch in diesem Falle die christlichen Gewerkschaftsführer die Lohnbewegung zugrunde richten, weil sie zu einem Ausstände kein Geld haben.

Christliche „Selbsttät“. Ueber ein neues Stück christlicher Arbeiterinteressenvertretung macht Genosse Redakteur Wiszmann, der als Vertreter des Bergarbeiterverbandes in Courrières weilte, interessante Mitteilung. Der christliche Gewerksverein hatte den Redakteur des Bergknappen, Kurup, nach Courrières entsandt. Und was machte der Arbeiterführer dort? Er begab sich zu dem Organisator der „gelben“ Streikbrecherbanden, dem bekannten Monsieur Cotton. Vielleicht hat Kurup dort nützliche Dienste geleistet. Ein ultramontanes Blatt schrieb:

Die Katastrophe hat Gott gewollt. Krieg, Pest, Ueberschwemmung, Erdbeben usw. sind Strafen Gottes, um die Menschen für ihre Ungerechtigkeit und Missetaten zu bestrafen.

Und Cotton erließ einen Aufruf, in dem er seine christlichen Gefühle bekundet; er demonstrierte gegen den Streit und reproduzierte folgenden Brief an das Ministerium: Revolutionäre Banden suchen die freie Arbeit zu hindern. (!) Im Namen unser 6000 Mitglieder bitten wir den Minister, die Arbeiter zu schützen, die gewillt sind, zu arbeiten. Wir wollen keinen Streit.

Hochachtungsvoll

Cotton.

Und Herr Kurup kehrte nach dem Besuche bei Cotton nach Deutschland zurück! Er hatte nach seiner Weise Arbeiterinteressen vertreten.

Christliche und Hirsch-Dundersche Studienreisen. Auf Anregung der christlichen Arbeiterverbände tritt zu Ostern eine Deputation deutscher Arbeiter eine auf 4 bis 5 Wochen berechnete Studienreise durch die industriereichen Gegenden Südrußlands an. Neben den Vertretern der christlichen Verbände nehmen auch Vertreter der Hirsch-Dunderschen Vereine, der Gesellschaft für soziale Reform und der Zentralfstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland daran teil. Die Führung werden Direktor Brauns, M.-Glabach und Schiffer, Düsseldorf, der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes, übernehmen. Die Kosten tragen die beteiligten Verbände.

Es wäre sehr zu wünschen, daß diese christlichen und Hirsch-Dunderschen Delegierten bei ihrem Besuch in Rußland sich an dem heldenmütigen Kampfe der russischen Arbeiter ein Beispiel nehmen und in Zukunft mit weniger Eifer die Organisation von Streikbrechertruppen pflegen würden.

Die Erpressungsprozesse gegen die modernen Gewerkschaften sind neuerdings zu einer förmlichen Manie geworden. Und die Vertrauensleute der Gewerkschaften müssen peinlich vorsichtig sein in ihrem schriftlichen und mündlichen Verkehr, um nicht in die Maschen des Erpressungsparagrafen zu fallen. Nicht so ängstlich scheinen es aber die Gerichte bei den christlichen Sonderorganisationen zu haben. So wird dem Bormwärts aus Königsberg mitgeteilt, daß dort von den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe fortgesetzt der größte Terrorismus ausgeübt wird. Wer nicht dem „christlichen“ Verein beiträgt — erhält keine Arbeit oder wird entlassen. Mit der Hungerpeitsche wird den Arbeitern die christliche Liebe beigebracht. In letzter Zeit haben nun mehrere verwegene Arbeiter beim Staatsanwalt die Strafverfolgung der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes beantragt. Der Staatsanwalt hat aber kein Strafverfahren gegen die Terroristen eingeleitet, sondern den Arbeitern geantwortet, daß er in dem Vorgehen der Arbeitgeber keine strafbare Handlung erblicke. Auf eine Beschwerde beim Oberstaatsanwalt hat dieser gleichfalls geantwortet, daß der Terrorismus der Baulöwen straffrei sei. In Preußen sind bekanntlich vor dem Gesetze alle gleich!

Der Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes hat eine Urabstimmung unter seinen Mitgliedern über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen. Jetzt wird das Resultat derselben bekannt. An der Abstimmung haben sich nur 40 000 Mitglieder, das ist ungefähr die Hälfte, beteiligt und von den Abstimmenden haben sich gegen die Einführung dieses Unterstützungs-

zweiges 30 000, dafür nur 10 000 erklärt. Es wird deshalb der in Wühlhausen i. Th. in den Ostertagen stattfindende Verbandstag zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht kommen. Zu dem Gegenstande liegen 17 Anträge vor; die Mehrzahl ist gegen die Arbeitslosenunterstützung gerichtet.

130141 Mitglieder zählte nach der seiden abgeschlossenen Abrechnung am Jahreschlusse der Deutsche Holzarbeiterverband. Die Zunahme beträgt im ganzen Jahre 24 755 oder 23,4 Prozent. Der Vorstand der genannten Organisation bemerkt dazu, daß die Steigerung angesichts der großen wirtschaftlichen Erfolge noch nicht befriedige, daß also im laufenden Jahre noch viel mehr und intensiver agitiert werden müsse.

Abrechnung vom 1. Januar bis 31. März 1906.

Einnahme.	
Beiträge	35 775.08 Mk.
Eintrittsgeld	1 378.48 „
Delegiertensteuer	407.15 „
Zeitungsmarken	910.70 „
Material	97.95 „
Abonnements u. Inserate d. Steinmetzer	265.75 „
Diverse Einnahmen (Zinsen usw.)	1 033.99 „
An Saldo pro 2. Quartal (Defizit)	372.96 „
Summa: 40 242.01 Mk.	
Ausgabe.	
Agitation	3 798.30 Mk.
Reiseunterstützung	1 588.80 „
Streikunterstützung	22 583.53 „
Wahregelungsunterstützung	2 469.11 „
Rechtsschutz	425.24 „
Umzugskosten	285.— „
Druckkosten	3 436.30 „
Porto	1 608.14 „
Gebälter	1 950.— „
Konventionen und Vorstandssitzungen	276.85 „
Konferenzen	170.50 „
Beitrag an die Generalkommission	415.52 „
Bureau-Ausgaben (Versicherungsbeiträge, Zeitungen, literarische Arbeiten, Unkostenkonto usw.)	346.63 „
Summa: 40 242.01 Mk.	

Leipzig, im April 1906.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

B. Ein Eingekant ist völlig überflüssig. Solche Kerle werden gelegentlich an der Strippe genommen. Der angebotene Artikel ist mir baldigst erwünscht. Besten Gruß. — Wunsiedel, 3. Die Sendung wurde kürzlich eingestellt. Wahrscheinlich war es Faulheit des Empfängers, die Zeitung zu verbreiten.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Sobelbandstahl in vorzüglichster Qualität Harte Steinbauerbleistifte

echt Rehbachsches Fabrikat
Steinbauerbesen mit und ohne Griff, aus bestem Material

empfiehlt zu billigsten Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

 **Albert Baumann**
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!

Granitwerk Schirgiswalde

Pötsch & Schierz
Betriebsstelle: Schirgiswalde, Bahnlinie Bismarck-Bitterfeld.

Wir erweitern unseren Betrieb und stellen bei bauernber und lohnender Sommer- und Winterarbeit sofort ein:

30-50 tüchtige Granitsteinmetzen
sowie
20-30 tüchtige Speller und Pflastersteinschläger

Von auswärts zureisenden Leuten vergüten wir nach 14-tägiger zufriedenstellender Arbeit 8 Mark Reisespenden.

Zentralherberge München.

Die Herberge des Gewerkschaftsvereins München ist ab 1. April von Pötsch & Schierz nach **Wunsiedel, Pesenbachstrasse 4a** in Nähe des Sendlinger Torplatzes-Holzstraße, verlegt.

Wir bitten reisende Kollegen, hieron Notiz zu nehmen und empfehlen die vollständig neu hergerichtete Herberge zur gefälligen Benutzung.
Setzen à 30 Pfg. inkl. Sadegelegentheit etc.
Die Herbergskommission.

Am 21. März starb unter Kollege
Richard Pfrötschner
im Alter von 86 Jahren an Gehirnhautentzündung.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
[135] Die Zahlstelle Plauen i. Vogtl.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.